

PRESSEINFORMATION

Wiesbaden, 15.03.2023

Anhörung zum Naturschutzgesetz im Hessischen Landtag

Naturschutzgesetz hebt Klimaschutz aus

Ein breites Bündnis von Verbänden und Institutionen aus dem ländlichen Raum, deren Mitglieder von der nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft und der Verarbeitung und Verwendung des naturnahen und klimafreundlichen Rohstoffs Holz leben, lehnen den Entwurf des Hessischen Naturschutzgesetzes ab.

Die Zielrichtung, die Natur und das Klima in Hessen zu schützen begrüßen die beteiligten Verbände sehr. Für den Klimaschutz und für die Entwicklung hin zu einer nachhaltigen und klimaschonenden Wirtschaft, ist die regionale Erzeugung und Bereitstellung nachwachsender Rohstoffe wie Holz und landwirtschaftlicher Biomasse unverzichtbar. Naturschutz muss daher in die Bewirtschaftung der Wälder, Wiesen und Felder integriert werden. Dies kann nur in enger Zusammenarbeit und im Einklang mit der Land- und Forstwirtschaft gelingen.

Der Entwurf des Naturschutzgesetzes setzt hingegen auf immer schärferes Ordnungsrecht und schnürt den ländlichen Raum in ein Korsett aus Vorschriften. Statt die Naturschutzbehörden zur Zusammenarbeit mit den Waldbesitzenden und Landbewirtschaftern zu verpflichten und anzuleiten schafft der Gesetzentwurf für diese weitreichende Anordnungsbefugnisse und räumt den Umweltverbänden an den verantwortlichen Grundstückseigentümern vorbei umfassende Informations- und Mitwirkungsrechte ein. In der Folge können Behörden und Umweltverbände über die Köpfe der Betroffenen und Handlungsverantwortlichen auf dem Land reden und Konzepte schmieden, die den Waldbesitzenden und Landbewirtschaftern dann übergestülpt werden.

Der Entwurf des neuen Hessischen Naturschutzgesetzes steht zudem im Widerspruch zu zahlreichen geplanten Maßnahmen für den Klimaschutz, die erst vor wenigen Wochen mit dem Hessischen Klimaplan verabschiedet wurden. Die geplante Holzbauintiative zur Verbesserung der Klimabilanz des Gebäudesektors kann nur gelingen, wenn das dafür benötigte Holz auch aus den heimischen Wäldern kommt. Die Stilllegung von immer größeren Waldflächen und Einschlagstopps im Staatswald stehen dem entgegen.

Bereits im vergangenen Jahr wurden für den Staatswald des Landes Hessen mit den neuen Naturschutzleitlinien trotz heftiger Widerstände aus der Forst- und Holzbranche weitreichende Nutzungseinschränkungen beschlossen.

Ordnungsrecht statt Kooperation

Die Verbände der Landwirtschaft, der Waldbesitzenden, Forstdienstleister bis zu den Verbänden der Holzwirtschaft und des Holzbaus kritisieren vor allem den einseitigen Fokus des Gesetzes auf den Naturschutz und die umfangreichen Ermächtigungsregelungen für das Land. Der Entwurf des Naturschutzgesetzes verkennt, dass mit Ordnungsrecht der Erhalt der natürlichen Umwelt nicht von oben verordnet werden kann. Wir brauchen die Einbindung der Menschen, die mit und vom Wald und von der Landwirtschaft leben. Mit dem notwendigen Waldumbau, die Prävention von Waldschäden und die CO₂-Reduktion durch emissionsarme und klimafreundliche Produkte sowie durch eine nachhaltige und naturnahe Lebensmittelproduktion wird auch ein großer Beitrag zur Biodiversität geleistet. Der Entwurf lässt eine Abwägung der verschiedenen Ziele des Gesetzes vermissen. Ein wirksamer Interessenausgleich im Sinne des Naturschutzes und der Artenvielfalt wird damit von Beginn an unmöglich gemacht. Die beteiligten Verbände appellieren an die Landesregierung und Parlamentarier, den Gesetzentwurf so grundlegend und umfassend zu überarbeiten, bis das Gesetz allen Anforderungen Rechnung trägt. Vor allem unsere Wälder stehen vor gewaltigen Veränderungen, die nur durch die aktive Anpassung weiterhin als Lebensraum und Rückzugsgebiet vieler unterschiedlicher Tier- und Pflanzenarten erhalten bleiben.

Pressekontakt

Deutsche Säge- und Holzindustrie
Julia Möbus
Chausseestraße 99
10115 Berlin
Tel.: +49 30 2061 399-00
Fax: +49 30 2061 399-89
E-Mail: presse@saegeindustrie.de
Internet: www.saegeindustrie.de

Über die Deutsche Säge- und Holzindustrie

Der Deutsche Säge- und Holzindustrie – Bundesverband e.V. (DeSH) vertritt die Interessen der deutschen Säge- und Holzindustrie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Dabei steht der Verband seinen Mitgliedern, darunter mehr als 400 Unternehmen aus ganz Deutschland, in wirtschafts- und branchenpolitischen Angelegenheiten zur Seite und unterstützt die kontinuierliche Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Verwendung des Rohstoffes Holz. Der Verband tritt in Dialog mit Vertretern aus Medien, Wirtschaft, Politik und Forschung. Bei der Umsetzung ihrer Ziele steht der *Deutsche Säge- und Holzindustrie* Bundesverband für eine umweltverträgliche und wertschöpfende Nutzung des Werkstoffs und Bioenergieträgers Holz.